

## Apropos 62:

# Warum sich die «Bösheit» zum Guten wendet

Rudolf Steiner hat immer wieder – sozusagen nebenbei – auch auf psychologische Sachverhalte hingewiesen. Zum Beispiel: «Wenn ein Mensch über den andern schimpft, Böses sagt, so ist nicht immer, ja sogar in den seltensten Fällen der Grund dazu in dem Menschen, über den Böses gesagt wird. Der mag auch böse sein; aber dieses, die Bösheit in ihm, ist für den objektiven Betrachter der Wirklichkeit der allergeringste Grund des Schimpfens. Der Grund des Schimpfens ist zumeist das Schimpfbedürfnis. Und dieses Schimpfbedürfnis sucht sich ein Objekt, das will sich entladen. Das sucht auch seine Ideen in eine solche Strömung zu bringen, dass diese Ideen wie berechtigt aus der Seele des schimpfenden Menschen hervorzugehen scheinen.»<sup>1</sup>

### Berlusconi und die Taliban

Diese Charakterisierung trifft hervorragend auf eine Persönlichkeit zu, die hier auch schon mehrmals als «Musterbeispiel» für einen anderen Hinweis Rudolf Steiners dienen «durfte», «die Verlogenheit» als «Grundeigenschaft des ganzen öffentlichen Lebens unserer Zeit»: auf den gegenwärtigen italienischen Ministerpräsidenten. Silvio Berlusconi beschimpfte die Richter in seinem Land als «Taliban». «Wir sind dabei (eine Justizreform zu machen): Ich weiß nicht, ob sie den Taliban in der Richterschaft gefällt», sagte er während einer Pressekonferenz in Turin. «Die Souveränität liegt nicht mehr bei den Menschen, sondern den Staatsanwälten», kritisierte der Regierungschef, der seit Jahrzehnten selbst immer wieder ins Visier der Justiz geraten ist.» Der ehemalige Anti-Korruptionsrichter Antonio di Pietro und Chef der Partei «Italien der Werte» kritisierte Berlusconi umgehend: «Wenn Berlusconi wirklich unschuldig sei, dann solle er sich vor Gericht verantworten und sich nicht wie ein «Diktator einer Operette» auführen.»<sup>2</sup> (Nebenbei: Besonders maliziös an dieser Geschichte ist zusätzlich, dass die renommierte Londoner Tageszeitung *Times* erst kürzlich gemeldet hat, der italienische Geheimdienst habe im Krieg in Afghanistan die Taliban bestochen – und so Mitschuld am Tod von zehn französischen Soldaten. Die Regierung Berlusconi soll Taliban-Kommandeuren Schmiergeld von mehreren zehntausend Dollar gezahlt haben, um im Verantwortungsbereich ihrer Truppen in Afghanistan Ruhe zu haben.)<sup>3</sup>

### Das war Korruption, ist aber verjährt

Italiens Regierungschef meinte, jubeln zu müssen, weil sein in einem Korruptionsverfahren verurteilter früherer

Steueranwalt nun doch nicht ins Gefängnis muss. Die Straftat sei verjährt, entschied das Kassationsgericht in Rom. Der Brite David Mills war wegen Falschaussagen für Berlusconi gegen Bezahlung von einem Mailänder Gericht und einem Berufungsgericht verurteilt worden. Er soll von Berlusconi Ende der neunziger Jahre für Lügen in zwei Korruptionsverfahren umgerechnet 440 000 Euro an Bestechungsgeldern angenommen haben. Die letzte Instanz bestätigte nun an sich den Sachverhalt, siedelte aber die eigentliche Straftat früher als bisher angenommen an. Deshalb wurde der Anwalt zwar nicht freigesprochen, das Verfahren aber wegen Verjährung der Bestechungsvorwürfe eingestellt.<sup>2</sup> An Berlusconi bleibt so das Etikett «Cavaliere corrotto» kleben. Er jubelte aber auch aus einem anderen Grund zu früh: Der Prozess gegen ihn im gleichen Korruptionsfall geht weiter. Das entschied das zuständige Mailänder Gericht. Es wies einen Antrag von Berlusconis Anwalt zurück und setzte einen nächsten Verhandlungstermin fest.<sup>4</sup>

### Fast täglich neue Skandale

Dass mit einem solchen Ministerpräsidenten die politischen Sitten in Italien immer mehr verludern, kann ja wohl nicht verwundern. Politische Beobachter halten jedenfalls fest: «Italien scheint fast täglich von neuen Skandalen erschüttert zu werden, die auf eine korrupte und von der Mafia infiltrierte Politik hinzuweisen scheinen. Fast täglich warten Untersuchungsrichter der Republik mit neuen Ermittlungen oder Beweisstücken auf, die suggerieren, dass die Korruption auch fast zwanzig Jahre nach den Tangentopoli-Skandalen weit verbreitet geblieben ist und dass die Politik mehr denn je auch von der Mafia infiltriert ist.» (Tangentopoli bezeichnet riesige kriminelle Verflechtungen Anfang der 90er Jahre, die das politische System der so genannten «Ersten Republik» prägten). Der Korruptionsskandal um den Zivilschutz etwa zieht täglich immer weitere Kreise; Berlusconi-Freund Guido Bertolaso, seit 2001 Chef des italienischen Zivilschutzes, sieht sich beim Gericht in Florenz schwerwiegenden Bestechungsvorwürfen ausgesetzt. Nun haben die Anti-Mafia-Behörden auch noch den Vorwurf erhoben, dass der dem Regierungslager angehörende Senator Nicola Di Girolamo im Dienste der 'Ndrangheta, der kalabrischen Mafia, stehe und zusammen mit andern Kriminellen ein weit reichendes System für Geldwäscherei und Steuerbetrug aufgezogen habe.<sup>5</sup> In dieses Bild passt auch das Verbrechen von Monza, dem Ende Februar

Hunderte von Tieren des Po-Flusssystem und ein Vermögen zum Opfer fielen.

### **Kriminelle Ölpest und Wahl-Gaunerei**

Die Ölpest-Katastrophe war durch einen Sabotageakt in einer stillgelegten Raffinerie nahe der lombardischen Stadt Monza ausgelöst worden. Unbekannte hatten die Ventile von drei der sieben Zisternen, in denen sich altes Diesel- und Heizöl befunden hatte, geöffnet. 600 000 Liter gelangten in den Lambro, einen Nebenfluss des Po. Hunderte von Helfern des Zivilschutzes, der Feuerwehr und Genietruppen versuchten während Tagen in einem verzweifelten Kampf gegen die Zeit, den riesigen Ölteppich auf dem Fluss Po, in dem jährlich ohnehin Tonnen von Pestiziden und unzureichend geklärten Abwässern landen, mit Barrieren zu stoppen und abzusaugen. Denn es wurde befürchtet, dass die Ölpest die Po-Mündung erreichen und damit auch Teile der Adriaküste verschmutzen wird. Die Untersuchungsbehörden halten es für sehr wahrscheinlich, dass Bauspekulanten die Katastrophe auf dem Gewissen haben. Bereits seit längerem bestanden Pläne, das Industriegelände, auf dem sich die alte Raffinerie befindet, für schätzungsweise eine halbe Milliarde Euro zu entsorgen und auf ihm eine «Ökostadt» zu errichten. Mit der Sabotage versuchten die Täter offenbar, das Projekt und damit eine Grünzone in der dicht bebauten Region nahe der Stadt Monza zu verhindern. Der kriminelle Akt hat zu einer Katastrophe geführt, denn Hunderte von Kormoranen und Stockenten, die am Fluss Po leben, haben mit ölverschmierten Federn und Schnäbeln einen qualvollen Tod erlitten.<sup>6</sup>

Doch damit nicht genug! Nun haben die Behörden auch noch krebserregende Substanzen in den Gewässern unweit der Po-Mündung festgestellt. Der Bürgermeister der Gemeinde Porto Tolle warnte, dass Gefahr für das Trinkwasser bestehen könnte. Die Verunreinigung sei aber nicht auf das Diesel- und Heizöl zurückzuführen, das in den Po-Zufluss Lambro geflossen war. Unbekannte hätten die Ölpest offenbar genutzt, um verbotene Substanzen illegal im Fluss zu entsorgen.<sup>7</sup>

Endgültig als Gauner entlarvt hat sich Silvio Berlusconi mit einem Eil-Dekret, mit dem er die Teilnahme an den Regionalwahlen verfassungswidrig erzwingt. In Lazio hatte das Verwaltungsgericht die Wahlliste von Berlusconis Partei Popolo della Libertà in der Provinz Rom ausgeschlossen, weil sie zu spät eingereicht worden war – der zuständige Parteifunktionär hatte schlicht geschlampt. In der Lombardei schlossen die Richter die Liste des zur Wiederwahl antretenden Regionspräsidenten, Roberto Formigoni, aus, weil nicht alle Unterschriften darauf den Vorschriften entsprachen. Formigoni bestritt

vehement den Vorwurf, er habe eine Liste mit gefälschten Unterschriften eingereicht. Das erwähnte Dekret erlaubt eine «flexiblere Interpretation der Regeln» beim Vorlegen der Wahllisten, so dass nun Berlusconis Partei überall antreten kann.<sup>8</sup> Wozu Wahlregeln, wenn sie die Machthaber im Einzelfall mit einem Eil-Dekret außer Kraft setzen können? Da muss sich wohl auch die EU fragen, welche Stellung die Bananenrepublik Italien in ihr noch haben kann...\*

### **«Tiefe Freundschaft» und Milliarden Euro**

Das ist Italien heute... Dazu passt auch ganz gut, dass Berlusconi den libyschen Diktator Muammar al-Ghadhafi – der die Schweiz auf die Nachbarländer aufteilen will – als guten Freund bezeichnet: «An den Leader bindet mich eine echte und tiefe Freundschaft.» Der Grund ist so einfach wie durchsichtig. Für Libyen ist Italien der wichtigste Handelspartner. «41 Prozent der Importe des Wüstenstaats stammen aus Italien. Letzteres wiederum bezieht 30 Prozent der Erdöl- und Erdgasimporte aus Libyen, rund ein Viertel des Energiebedarfs Italiens stammt aus libyscher Quelle. Außerdem sind viele italienische Großfirmen in Libyen ansässig, während libysche Staatsfonds an Konzernen wie Fiat oder ENI beteiligt sind.» Aktuell ist aber ein weiterer Deal viel bedeutsamer: Im «Kampf gegen illegale Einwanderer» aus Afrika unterstützt Ghadhafi seinen europäischen Bündnispartner. Denn die meisten Bootsflüchtlinge versuchen von der libyschen Küste aus, Italien zu erreichen. Ghadhafi verpflichtete sich in einem 2008 unterzeichneten Abkommen, seine Küsten besser zu überwachen. Gegenleistung: Italien bezahlt in den nächsten 20 Jahren fünf Milliarden Euro an Libyen. Als «Wiedergutmachung des Unrechts» in der Kolonialzeit.<sup>9</sup>

### **Ghadhafi, noch ein Freund, Kampfjets und Kokain**

*Apropos Ghadhafi und seine Freunde:* Der Nordafrikaner war auf Druck der USA seit vielen Jahren international geächtet, bis er am 10. Dezember 2007, dem Welttag der Menschenrechte (!), vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy mit allen Ehren empfangen wurde und für fünf Tage (er wollte zehn...) Paris unsicher machen durfte. Damit er sein – sehr großes – Beduinenzelt aufstellen konnte, wurde das gesamte Regierungspalais «Hotel Marigny» einschließlich Rasen zu libyschem Hoheitsgebiet erklärt. Sarkozy musste sich harsche Kritik aus dem

\* Erst nach Redaktionsschluss hat das oberste Verwaltungsgericht Berlusconis Eildekret für ungültig erklärt, so dass seine Partei mindestens in Rom und Umgebung doch nicht an den Regionalwahlen teilnehmen kann. Immerhin!

In- und Ausland anhören, weil er den Massenmörder (u.a. Lockerbie!) salonfähig machte, indem er den «Revolutionsführer» als erster westlicher Staatschef offiziell mit allen Ehren empfing. Zum Dank dafür brüskierte ihn Ghadhafi: «Hatte Sarkozy gerade erst verkündet, er habe mit seinem Gast eindringlich über die Menschenrechte geredet, strafte ihn der Undankbare im TV-Interview Lügen: «Über Menschenrechte haben wir gar nicht gesprochen. Aber Nicolas Sarkozy und ich sind gute Freunde.» (...) Eitel Sonnenschein herrschte nur beim Unterschreiben von Mega-Verträgen über 35 Helikopter, 21 Airbusse und 14 Rafale-Kampffjets sowie über den Bau eines Flughafens und von Straßen und die Lieferung eines Kernreaktors. Alles was das libysche Herz begehrt, denn nach jahrzehntelangem Embargo strotzt das Land nur so vor Petro-Dollars – aber die rechten Geschäftspartner wollten sich bislang nicht einstellen.» Kleine Rache der Franzosen: Vier Tage nach Abschluss des Parisbesuchs von Ghadhafi berichtete *Le Canard Enchaîné* – die bedeutendste satirische Wochenzeitung Frankreichs, die aber trotzdem seriösen «investigativen Journalismus» betreibt –, der libysche Staatschef sei regelmäßiger Kokain-Konsument; das Blatt berief sich auf den französischen Inlandsgeheimdienst. «Die Notiz über den in Frankreich illegalen Drogenkonsum sei nach einer routinemäßigen Überprüfung der Gewohnheiten von Staatsgästen an Präsident Nicolas Sarkozy, Premierminister François Fillon, Außenminister Bernard Kouchner und an das Verteidigungsministerium gegangen. «Das wird der Grund sein für Ghadhafis Dummheiten und Aussetzer während seines fünftägigen Paris-Aufenthalts», zitiert *Le Canard Enchaîné* einen Geheimdienstmitarbeiter.»<sup>10</sup>

Und noch etwas, das im Westen wenig bekannt ist: Im Februar 1996 misslang ein Bombenanschlag auf Ghadhafis Eskorte, welcher das Ziel hatte, ihn zu töten. Laut einem Zeitungsbericht der *New York Times* vom 5. August 1998 wurde der Anschlag mit 160 000 Dollar durch den englischen Geheimdienst MI6 unterstützt. Ghadhafi blieb unverletzt, stattdessen wurden mehrere Gefolgsleute getötet. Nach Angaben des ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters David Shayler misslang der Anschlag, weil die Agenten des MI6 die Bombe unter dem falschen Auto plaziert hatten.<sup>11</sup>

### Dumm und dämlich

«Italienische Zustände» gibt es auch anderswo. Zum Beispiel in Deutschland. Etwa ganz einfach Amtsmissbrauch: Der Präsident der Hamburger Bürgerschaft, Bernd Röder (CDU), ließ seine Wohnstraße im Stadtteil Groß Borstel von der Stadtreinigung von Eis und Schnee befreien, während der Rest der Stadt auf den Räumdienst warten

musste. Inzwischen hat sich der Parlamentspräsident entschuldigt, der Druck der Öffentlichkeit war aber so groß geworden, dass ihm nur noch der Rücktritt blieb.<sup>12</sup>

In die Kategorie «dumm und dämlich» gehört dies: Die bayrische Justizministerin Beate Merk hat sich in einem Gastbeitrag für den *Münchener Merkur* zum Kauf einer CD mit gestohlenen Bankdaten aus der Schweiz geäußert. Sie schreibt, der CD-Kauf wäre sicher abzulehnen, wenn sich deutsche Beamte damit strafbar machten. Es handle sich jedoch nicht um Hehlerei: «Da Daten anders als Autos oder Handys keine Sachen sind, kann man sie nicht stehlen. Und wo es keine gestohlene Ware gibt, da gibt es auch keine Hehlerei.»<sup>13</sup> Logisch, oder? Das Problem ist nur, dass es in jedem Strafgesetzbuch z.B. einen Paragraphen zur (Wirtschafts-)Spionage gibt, die mit Zuchthaus von bis zu mehreren Jahren bestraft werden kann. Und dabei geht es in der Regel um gestohlene «Daten». Kann es sein, dass die Justizministerin die Gesetze nicht kennt? Bei Redaktionsschluss war die Dame immer noch bayrische Justizministerin (und Ghadhafi libyscher «Revolutionsführer»)...

### Wie käuflich ist Politik?

Von einem anderen Kaliber ist die Geschichte aus Nordrhein-Westfalen, wo im Mai Wahlen stattfinden: Da hat die CDU zum Landesparteitag einem Medienbericht zufolge exklusive Gesprächstermine mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) verkauft. Unternehmen wurde angeboten, für den Parteitag nicht nur Ausstellungsfläche zu erwerben, sondern auch vertrauliche Unterredungen mit Mitgliedern der Landesregierung. Für 20 000 Euro konnten Kunden demnach ein sogenanntes «Partnerpaket» für den Parteitag kaufen, das neben einem mehr als 15 Quadratmeter großen Stand auch «Einzelgespräche mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen» versprach. Die Reaktion der Öffentlichkeit war unerwartet heftig: «Das hat den Beigeschmack, dass Politik käuflich sei.» Der Ministerpräsident wusste – selbstverständlich ... – von nichts. Der CDU-Landesgeneralsekretär nahm alle Schuld auf sich, entschuldigte sich und trat zurück. Merkwürdig dabei ist nur, dass die Union schon früher versucht hat, Sponsoren mit Terminen beim Ministerpräsidenten zu locken. Für den Landesparteitag im Jahr 2008 bot die Geschäftsstelle der Partei bereits ein «Partnerpaket» an, das ein Gespräch mit Rüttgers einschloss. Für dieses Jahr kündigte sie noch größere Attraktionen an: «Als besonderen Höhepunkt können wir auf die Teilnahme unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und auf Mitglieder der Bundesregierung verweisen», hieß es in dem Schreiben der Partei.<sup>14</sup> Als die gleiche Praktik auch noch aus Sachsen ruchbar wurde, musste die deutsche Bun-

deskazlerin reagieren: «Die Landesverbände dürften das Amt des Ministerpräsidenten nicht mit dem Sponsoring vermischen und nicht den Eindruck erwecken, als würde mit diesem Amt geworben. «Das geht nicht», betonte die Kanzlerin. Dies sei «jetzt auch den Betroffenen klar», sagte Merkel.»<sup>15</sup>

### Viel Geld für die Nähe zur Macht

Pech war nur, dass gleichzeitig die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* mit einer Analyse Klartext redete: «Managen denken in Preisen. Und Preise drücken Knappheiten aus. So steht es im Lehrbuch. Wenn das stimmt, haben auch Politiker einen Preis.» Und: «Auch im Geflecht zwischen Wirtschaft und Politik regieren die Kräfte des Marktes. Mögen einzelne Entscheidungen nur im korrupten und damit strafbaren Einzelfall zu kaufen sein – das Feld wird bewirtschaftet, es fließt Geld. Für diese Erkenntnis hätte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sich nicht erst zum Narren machen müssen.» Und zudem: «Der persönliche Kontakt zu den Regierenden ist wichtig für Unternehmer, sie bilden sich das zumindest ein. Und suchen die Nähe zu den Mächtigen. Da Aufmerksamkeit ein wertvolles Gut ist, erst recht die der über Milliarden gebietenden Politik, geben Unternehmen viel Geld für die Nähe zur Macht aus. Konzerne errichten Repräsentanzen in bester Lage in der Hauptstadt, heuern für üppiges Honorar altgediente Politiker als Lobbyisten an. Wer sich das als Mittelständler nicht leisten kann, delegiert an Verbände oder Dienstleister. So entstand am Regierungssitz in Berlin eine ganze Branche, die Schattenmänner der Macht, «Experten für public affairs», wie sie sich selbst nennen. An die 5000 von ihnen tummeln sich in der Hauptstadt.»<sup>16</sup>

Noch «italienischer» ging es in Köln zu: Vor einem Jahr versank beim U-Bahn-Bau das Kölner Stadtarchiv in der Tiefe. Dabei gab es zwei Tote und einen riesigen Sachschaden. Nun zeigt sich, dass in großem Umfang «getäuscht, manipuliert und betrogen worden» ist. Bauprotokolle wurden gefälscht, damit verschleiert werden konnte, wie die Baufirma im großen Stil verrechneten Beton eingespart hat. Bauarbeiter haben eine große Menge stabilisierende Eisenbügel nicht eingebaut, sondern an Schrotthändler verkauft – zugunsten des eigenen Geldbeutels.<sup>17</sup>

### Die Mission des Bösen

Wenn man nun einen Augenblick zurücklehnt und alle diese geschilderten «Bösheiten» – wie Rudolf Steiner im Eingangszitat das nennt – an sich vorbeiziehen lässt, kann einem schlecht werden. Böses reiht sich an Böses. Wohin soll das noch führen? Rudolf Steiner gibt die Antwort: Erde und Menschen müssen sich nach dem Wel-

tenplan entwickeln. «Und die Entwicklung schreitet so vor, dass der Mensch immer und immer wieder sozusagen sich Hindernisse in den Weg legt.» Und erst wenn er diese Hindernisse selber «wieder ausmerzt und überwindet, wird er (...) das starke Wesen am Ende der Erdentwicklung, das er werden muss.» Dabei müssen wir zunächst «davon absehen, was an Gutem und Bösem mit solchen Hindernissen und Hemmnissen verbunden ist. Wir müssen allein darauf hinblicken, dass es die Weisheit der Welt von Anfang an in der menschlichen Erdenentwicklung darauf abgesehen hat, dem Menschen die Möglichkeit zu bieten, dass er sich Hindernisse in den Weg legen kann, damit er sie wieder wegräumen und dann die große starke Kraft für Späteres in der Welt haben kann. Man möchte sogar sagen: Die Weisheit der Weltenlenkung hat den Menschen böse werden lassen, hat ihm die Möglichkeit des Bösen, des Schadens gegeben, damit er im Gutmachen des Schadens, in der Überwindung der karmischen Entwicklung ein stärkeres Wesen wird, als er sonst geworden wäre, wenn er wie von selbst sein Ziel erreichen würde.»<sup>18</sup>

Wer das erfasst hat, darf den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern muss sich nun darauf konzentrieren, «was an Gutem und Bösem mit solchen Hindernissen und Hemmnissen verbunden ist». Denn es ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Kulturepoche, das Böse zu erkennen. Und das können wir nur, indem wir es nicht fliehen, sondern uns mit ihm intensiv auseinandersetzen – so unangenehm oder gar widerlich das immer sein mag. Dazu kommt, dass wir nur so in der Lage sein werden, die Folgen dieses Bösen zu beobachten, wenn wir dereinst alle zusammen wieder auf der Erde weilen werden.

Boris Bernstein

1 Rudolf Steiner, GA 186, 15.12.1918.

2 *Spiegel Online*, 26.2.2010.

3 AP-Meldung vom 15.10.2009.

4 DPA-Meldung vom 27.2.2010.

5 *Neue Zürcher Zeitung*, 25.2.2010.

6 *Wiener Zeitung*, 25.2.2010. APA-Meldung vom 5.3.2010.

7 APA-Meldung vom 1.3.2010.

8 DPA-Meldung vom 7.3.2010.

9 [www.tagesanzeiger.ch](http://www.tagesanzeiger.ch) 17.2.2010.

10 [www.focus.de](http://www.focus.de) 19.12.2007.

11 *Berliner Zeitung*, 11.8.1998.

12 [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) 20.2.2010.

13 DDP-Meldung vom 13.2.2010.

14 DDP-Meldung vom 20.2.2010.

15 *Süddeutsche Zeitung*, 28.2.2010.

16 [www.faz.net](http://www.faz.net) 28.2.2010.

17 *Spiegel Online*, 3.3.2010.

18 Rudolf Steiner, GA 107, 26.1.1909.